

## **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, UFW und FDP zum TOP 2 der Sitzung am 5.2.2018 – Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2018**

- 1. Der Magistrat wird beauftragt, im Haushaltsvollzug 2018 bei den Sach- und Dienstleistungen 150.000 € einzusparen. Durch die Vorlage entsprechender Veränderungslisten ist die Stadtverordnetenversammlung spätestens in ihrer Sitzung am 6. 9. 2018 über die Einsparungen im Einzelnen zu informieren.***
- 2. Die Verpflichtungsermächtigung im Produktbereich Sportförderung „Kunstrasenplatz“ wird auf 200.000 € reduziert.***

### **In der Begründung wurde erklärt:**

Zu 1:

Die Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen beliefen sich in 2017 auf rd. 1,9 Mio. € - Im HH 2018 sind über 2,61 Mio. vorgesehen, also rd.700.000 € mehr als im letzten Jahr, das entspricht einer Steigerung von über 30 %. Mit der beschlossenen Kürzung hat die Verwaltung noch immer rd. 2,46 Mio. € zur Verfügung, also noch über 500.000 € mehr als in 2017. Mit der gewählten Formulierung hat die Verwaltung die größtmögliche Freiheit der Entscheidung, was wie hoch gekürzt werden soll/kann.

Ziel ist es, im August die Kassenkredite auf „Null“ heruntergefahren zu haben, um so den dann zu erwartenden Investitionszuschuss von 1,35 Mio. € nicht zu gefährden. Diese „Null“ ist zwingend erforderlich für den Zuschuss.

Zu 2:

Der Kunstrasenplatz wird in 2018 nicht gebaut werden. Die Verpflichtungsermächtigung ist ausschließlich als Signal nach Wiesbaden zu verstehen, um damit deutlich zu machen, dass sich die Stadt am Bau des Kunstrasenplatzes finanziell beteiligt. Nach Auskunft des Bürgermeisters ist aber auch eine Verpflichtungsermächtigung über 200.000 € hierfür ausreichend.

Michaela Brede-Pötter  
(CDU)

Bärbel Mlasowsky  
(UFW)

Lutz Kuschel  
(FDP)